

Lageeinschätzung im Brand- und Katastrophenschutz des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt

Allgemeine Lage

Der Landkreis Saalfeld-Rudolstadt ist neben vielen Thüringer Landkreisen auch vom Bevölkerungsrückgang betroffen. Dies wirkt sich natürlich personell auf die Leistungsfähigkeit des Bevölkerungsschutzes aus.

Teilweise sind die nichtpolizeilichen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) nur noch schwerlich in der Lage, die an sie gestellten Aufgaben im Zuge ihrer zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen zu erfüllen.

Die materiell technische Basis in den Stützpunktfeuerwehren und leistungsfähigen Städten und Gemeinden verbessert sich weitestgehend. Gerade in den Stützpunktfeuerwehren vollzieht sich eine kontinuierliche Erneuerung der Ausrüstung.

Leider ist dies in den vielen der Städte und Gemeinden nicht finanziell untersetzbar. Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung oder auch generell fehlende Finanzmittel stehen diesem oftmals konträr gegenüber.

Gleichzeitig ist die Bereitschaft, sich in der Gesellschaft einzubringen, in Folge des immer größeren Individualismus, welcher teils exzessiv gelebt wird, immer geringer. Begleitet wird dies von sinkender Achtung vor der Leistungsbereitschaft unseres Ehrenamtes.

Die fehlende gesellschaftliche Wahrnehmung in Bezug auf die hohen Anforderungen, welche durch das Ehrenamt erfüllt werden, tragen ebenfalls zur sinkenden Bereitschaft, sich zu engagieren, bei. Auch in unserem Landkreis ist dieser bundesweit wirkende Trend wahrzunehmen.

Demgegenüber stehen ein wachsendes Schutzbedürfnis und die Verletzlichkeit unserer Gesellschaft.

Selbst in unserem Landkreis haben sich die Anforderungen deutlich erhöht. So finden Events statt, welche die Möglichkeiten der hiesigen Infrastruktur deutlich übersteigen.

Massenphänomene, welche die Menschen an ihre Grenzen bringen, lassen Veranstaltungen zur Herausforderung für die medizinische Leistungsfähigkeit

werden und saugen notwendige Vorhaltesressourcen für den Bevölkerungsschutz nicht nur regional ab.

Neubautrassen in überregionalem Zugverkehr und Tunnelbauwerke auch auf den Straßen, fordern die Gefahrenabwehr auf, sich diesen zu stellen und nach neuen Möglichkeiten der Schadensbewältigung zu suchen.

Einerseits entfallen wichtige Schnellfahrverbindungen für den Personenverkehr auf der Saalebahn, andererseits wird diese Lücke wohl durch steigendes Aufkommen im Güterverkehr geschlossen. Die hieraus resultierenden Gefahrenmomente konnten bisher noch nicht abgeschätzt werden.

Neben all den regionalen Herausforderungen hat sich die Abhängigkeit von Elektroenergie weiter verschärft. Die Umstellung der Telefonie von analoger auf digitale Kommunikation ist hierfür ein Beispiel. Darum sind Notrufe künftig bei Netzausfall nicht mehr möglich.

Der Einzug der digitalen Zukunft in Industrie und Gewerbe, die hohe Vernetzung und die daraus wachsenden Anforderungen an die ehrenamtlichen Helfer im Bevölkerungsschutz sind eine andere, schwer zu lösende Aufgabe. Dies insbesondere, weil es noch nicht bei jeder Führungskraft, bei jedem Entscheider angekommen ist, dass Bits und Bytes in der heutigen Zeit unerlässlich sind.

Die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung ist alarmierend schlecht. Nicht nur, dass die eigenen Schwachstellen im Haushalt nicht erkannt werden, keine Vorratshaltung besteht oder betrieben werden kann, auch die Fähigkeit mit Maßnahmen der Ersten Hilfe zur Verfügung zu stehen oder gar Brände zu löschen, ist nicht mehr umfassend ausgeprägt. Grundsätzliches Wissen ist verloren gegangen. In den Städten wachsen die Anonymisierung und damit der Verlust nachbarschaftlicher Hilfe und bürgerschaftlichem Engagements.

Teile dieser schlechten Ergebnisse haben können wir immer wieder nach Einsätzen feststellen. So werden zu den verschiedensten Kleinbränden die Feuerwehren alarmiert, ohne dass Selbsthilfemaßnahmen betrieben wurden. Passanten ignorieren offensichtlich hilflose Personen in der Öffentlichkeit. Oder einfachste Absperrmaßnahmen, damit Wasser nicht in den Keller eintritt, werden nicht durchgeführt.

Gleichzeitig sind in Deutschland die Sicherheitskräfte wie nie gefordert Anschlagsszenarien zu verhindern.

Die Welt an sich verändert sich zusehends und wird immer unberechenbarer.

Ausrüstung Bevölkerungsschutz

Das vom Kreistag verabschiedete Gefahrenabwehrkonzept bildet eine solide Grundlage für die Entwicklung des Bevölkerungsschutzes im Landkreis. Aber auch dieses lebt und muss fortgeschrieben werden. Die Personalausstattung wird auch weiterhin maßgeblich für die Fortschreibung des Konzeptes sein.

An dieser Stelle ist dem Kreistag und dem Landratsamt für die Bereitstellung der Finanzmittel in den letzten zehn Jahren zu danken. So konnten in diesem Zeitraum nachfolgende Fahrzeuge beschafft bzw. bestellt werden:

- 1 TLF 4000 (Saalfeld),
- 3 TLF 3000 (Remda, Uhlstädt, Kleingeschwenda),
- 1 GW-L 2 (DRK Rudolstadt),
- 2 DLAK 23-12 (Königsee, Rudolstadt),
- 1 ELW 1 (JUH RV Saalfeld-Südwestthüringen),
- 3 GW-N (Remda, LRA, Kaulsdorf),
- 1 GW-Bergrettung (Bergwacht Meuselbach),
- 6 MTW (Schmiedefeld, Reichmannsdorf, Uhlstädt, Meuselbach, LRA, Rudolstadt),
- 2 MzF (Lehesten, Königsee-Rottenbach),
- 1 MGV (Königsee-Rottenbach),
- 1 ATV (Reichmannsdorf),
- 1 KdoW (LRA).

Durch die Deutsche Bahn wurde die Ausstattung ebenfalls verbessert. So steht nunmehr ein GW-L 2 (Königsee-Rottenbach) und zusätzliche Ausrüstung bei den Löschgruppenfahrzeugen der Stützpunktfeuerwehren zur Verfügung.

Der Freistaat hat im zurückliegenden Zeitraum allein oder durch den Bund bereitgestellt:

- 1 GW-San (JUH RV Saalfeld-Südwestthüringen),
- 1 GW-Dekon P (FF Remda) und
- 2 KTW Typ B (JUH RV Saalfeld-Südwestthüringen).

Ausrüstungsseitig erfolgten ebenfalls weitere Investitionen. So wurden durch den Landkreis Wärmebildkameras, Einsatzführungssoftware, Stabsausrüstung für fünf von sechs Führungsstaffeln, Ergänzung und Erneuerung von Beladung von Rüstfahrzeugen, Schneefräsen, Zelte, Zeltheizgeräte und –beleuchtung,

Funk- und Atemschutztechnik, mobile Tankanlagen, Tauch- und Schmutzwasserpumpen, zwei Trinkwasserausgabe- und Transportsysteme, mobile Rauchverschlüsse, Rettungsplattform, u.v.m. bereitgestellt.

Und schließlich konnten durch Fördermittel des Landkreises der Neubau des Feuerwehrhauses in Uhlstädt, Leutnitz, Remda, Leutenberg sowie die Beschaffung der DLAK 23-12 in Saalfeld unterstützt werden.

Alles in allem wurden Investitionen im Wert von 7.767 Mio. € getätigt.

In Zusammenarbeit mit den Feuerwehren der VG Bergbahnregion und Mittleres Schwarzatal konnte die erste funktionierende Führungsstaffel ihre Arbeitsfähigkeit bei drei Übungen unter Beweis stellen. 19 Feuerwehrangehörige führten als Technische Einsatzleitung dabei ca. 700 Übungsteilnehmer, was nicht jeden Tag vorkommt. Unseren Dank und Anerkennung dafür.

Am Standort Unterwellenborn haben wir zum Thema Führungsstaffel bereits zwei Zusammenkünfte durchführen können und Feuerwehrangehörige aus den verschiedensten Feuerwehren haben sich in diesen Prozess eingebracht. In Königsee, Schmiedefeld, Remda und Leutenberg laufen die ersten Gespräche hierzu.

Mit Hilfe der FF Oberweißbach wurde das Logistikkonzept weiterentwickelt. So ist es vorgesehen, dass noch dieses Jahr Schaummittel, Sandsäcke und Schutzausrüstung für Pandemien, Tierseuchenlagen und Gefahrguteinsätze von diesem Standort aus umgehend den Einsatzstellen zugeführt werden können.

Im Zuge der Auflösung der Kreisstraßenmeisterei konnte ein Großteil der ehemaligen Liegenschaft für die Belange des Bevölkerungsschutzes bereitgestellt werden. Das jetzige Katastrophenschutz- und Ausbildungszentrum beherbergt die Katastrophenschutzfahrzeuge des DRK Rudolstadt und des JUH RV Saalfeld-Südthüringen. Außerdem wurde begonnen die Kreisausbildung schrittweise dorthin zu verlagern, vorausgesetzt, die noch anstehenden Investitionen in die Substanz und die erforderliche Werterhaltung werden vollzogen.

Im Zuge der voranschreitenden Digitalisierung wurde die Erstellung der Feuerwehrjahresstatistik im Portal des Thüringer Landesamtes für Statistik eingeführt, was nicht überall auf Gegenliebe stieß.

Der sich für den Landkreis ergebende Mehraufwand ist nicht unerheblich.

Mit dem elektronischen Anmelde- und Einberufungsverfahrens für Kreisausbildungslehrgänge auf der Homepage des KFV konnte ein zeitsparendes System für alle Beteiligten eingeführt werden. Ab diesem Jahr soll es ausschließlich digital vorangehen.

Hierfür ist insbesondere dem Vorstand des KFV und dem Administrator, Kam. Bräutigam, Danke zu sagen.

Es ist gelungen, drei Ärzte als Feuerwehrärzte zu gewinnen. Diese stehen zur Verfügung um die Ausbildung in den Feuerwehren im Bereich der lebensrettenden Sofortmaßnahmen, den Gesundheitsschutz und die Hygiene, aber auch strategische Weichenstellungen und Beschaffungen von Ausrüstung zu begleiten. Schließlich wird noch dieses Jahr ein System eingeführt, welches erlaubt, mit ehrenamtlichen Helfern der Hilfsorganisationen und einem Feuerwehrarzt bei großen oder schwierigen Einsätzen der Feuerwehren mit hohem Gefahrenpotential die Absicherung für unsere Einsatzkräfte zu übernehmen. Damit wird der Rettungsdienst maßgeblich unterstützt.

Im Rahmen der durch das Land vorgenommenen konzeptionellen Planung für Terror- und Amoklagen, werden kontinuierlich, bei den Hilfsorganisationen beginnend, Ausstattungselemente ergänzt, welche auch später den Standorten der Feuerwehren zur Verfügung stehen sollen. Damit soll erreicht werden, dass je bestücktem Fahrzeug ein Trupp zu Erste Hilfe Maßnahmen bei Terror oder Amok-Lagen zur Verfügung steht. Damit kann zeitnah Hilfe zur Versorgung von betroffenen Personen geleistet oder die spezielle Ausrüstung zur Verfügung gestellt werden.

Über die hierzu notwendige Fortbildung werden noch Gespräche, auch mit den Feuerwehrärzten zu führen sein.

Die Ausstattung mit einer Drohne für den Bevölkerungsschutz und Big Packs für die Hochwasserabwehr ist ebenfalls für dieses Jahr vorgesehen.

Für das kommende Jahr wurde beim Freistaat die Förderung für zwei ELW 1, 1 DLAK 23-12, 1 HLF 20 und 1 AB Einsatzleitung beantragt.

Was uns jedoch Gedanken macht, ist zum einen die personelle Seite der Gefahrenabwehr und deren dauerhafte Leistungsfähigkeit, andererseits die defizitäre Ausstattung in vielen Städten und Gemeinden des Landkreises. So stehen schließlich Fahrzeuge im Wert von ca. 19.000.000 € im Bestand, welche

älter als das Baujahr 1990 sind. Hier muss dringend gehandelt werden. Die Leistungsfähigkeit der Kommunen muss dauerhaft gesichert werden. Permanente Kürzungen der Zuweisungen führen dann nicht nur hier zum Kollaps.

Positive Ansätze zur interkommunalen Zusammenarbeit in Bezug auf die Fahrzeugvorhaltung sind fast überall zu sehen. Leider gelang es noch nicht, im Bereich der Bergbahnregion zu Ergebnissen zu kommen.

Die vorgesehene Novelle des ThürBKG ist in Bezug auf die Durchführung der Brandschutzerziehung kritisch zu betrachten. Nur dadurch, dass diese auf die Landkreise verlagert werden soll, wird sich nichts Wesentliches ändern. Brandschutzerziehung kann und muss vor Ort geleistet werden. Viele Feuerwehren führen hierzu bereits Aktivitäten an den Schulen aus. Die Vorhaltung eines Mitarbeiters für diese Arbeit im Landkreis kostet zusätzlich Geld und löst die wichtigen Kontakte der örtlichen Feuerwehr zu den Schulen und damit den potenziellen Nachwuchskräften für die Feuerwehrarbeit auf.

Noch ein Wort zum Thema Leitstelle. Es ist außerordentlich wichtig, Hilfe zeitnah organisieren zu können. Dazu ist die Rettungskette lückenlos zu gestalten. Ein nicht zu unterschätzender Teil dessen ist die Leitstelle. Hier werden Notrufe entgegengenommen und das örtliche Hilfeleistungspotenzial zugeordnet. Zusätzlich ist sie unverzichtbarer Baustein im Katastrophenschutz und organisiert gerade in der Erstphase wesentliche Einsatzerfolge.

Die in den letzten Tagen aufgekommene öffentliche Diskussion und die Anfragen zum Erhalt der Leitstelle Saalfeld sind zu verstehen und nachzuvollziehen. Als die Leitstelle in Rudolstadt geschlossen und nach Saalfeld verlagert wurde oder als die Leitstelle Schleiz nach Saalfeld ging, haben alle, welche damit unmittelbar Berührung hatten, größte Befürchtungen gehabt. Diese haben sich mehr oder weniger nicht erfüllt. Gut so, denn sonst hätte es wohl keinen Aufschrei gegeben, als über die Zukunft der Leitstelle Saalfeld gesprochen wurde.

Eingehende Prüfungen durch ein Gutachten basierend auf vier Varianten ergaben unterschiedliche Kostenvolumen zum Realisierung dieser.

Hierüber wird der Kreistag durch den Landrat informiert.

Schließlich ist aber festzustellen, dass es den politischen Willen und die Mehrheiten, zum Erhalt der Leitstelle bedarf, ohne dass bei der notwendigen Erneuerung der Ausrüstung in den Stützpunktfeuerwehren und der Allgemeinen Hilfe gespart wird. Hierfür sind, wenn gewollt, die Weichen zu stellen.

Das größere Problem jedoch ist unser Personal. Sowohl im Sachgebiet Leitstelle, als auch im Sachgebiet Brand- und Katastrophenschutz fehlt qualifiziertes Fachpersonal. Erst die leidliche Diskussion um die Gebietsreform und dann die fehlenden Ressourcen der Berufsfeuerwehren für Grundlehrgänge oder die mangelnden Kapazitäten für Abschlusslehrgänge zur Ausbildung im mittleren oder gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst, gepaart mit fehlenden und vor allem geeigneten Interessenten aus der Region – all dies wirkt sich negativ auf die Besetzung aus. Hinzu kommen die in einer Kreisverwaltung unattraktiven Dienstposten und Dienstzeiten sowie die Sogwirkung der Berufsfeuerwehren mit geregelter Arbeitszeit, ausreichend bemessenem Stellenkegel und attraktiven Aufgabenfeldern, auch im Einsatzdienst.

Dieses Problem ist an sich nicht nur eines unseres Landkreises. In fast allen Landkreisen fehlen entsprechende Bewerber, selbst in Berufsfeuerwehren gelingt es nicht immer, alle Stellen zu besetzen. Auf Bundesebene ist das Problem auch schon angekommen, da tut sich gerade eine Restplatzbörse für die Ausbildung im Abschlusslehrgang B IV des gehobenen feuerwehrtechnischen Dienstes auf.

Und weil wir gerade beim Personal sind. Mit der Diskussion um den Standort der Leitstelle geht einher, dass die Krisenfestigkeit der Feuerwehreinsatzzentralen vorangetrieben wird. Leider ist dies nicht bei allen Führungskräften, insbesondere denen der größeren Feuerwehren, angekommen. Hier schiebt man teils die Anzahl der zu bewältigenden Einsätze vor, um sich nicht dem Thema stellen zu müssen.

Im letzten Lagebericht habe ich die Stadt Saalfeld für ihre Vorbereitungen eine örtliche Einsatzleitung unter Einbeziehung der Stadtverwaltung zu bilden, positiv erwähnen können. Leider blieb es in diesem Jahr bei der einen Initiative. Man kann damit nicht erkennen, dass sich die Masse unserer Kommunen auf das notwendige Maß der Bewältigung von Schadensereignissen vorbereitet.

Allerdings glaube ich auch hier einen Störfaktor ausmachen zu können. Die Zeit der Ungewissheit, des Pendelns hin und weg zur Gebietsreform, hat auch hier dazu beigetragen, Stillstand zu erreichen. Es ist dringend notwendig, dass sich die Gemeinden wiederfinden und die Aufgabenerledigung vorantreiben.

Letztlich noch eine Aufforderung an alle hinsichtlich des Personals. Die durch den Landkreis durchzuführende Kreisausbildung mit ihren jährlich zwischen 500 und 800 Lehrgangsteilnehmern, kann nur durch Kreisausbilder sichergestellt werden. Stehen diese nicht zur Verfügung, gerät die Feuerwehr in Schieflage. Darum fordern wir hiermit dazu auf, zu prüfen, welche Feuerwehr Kreisausbilder stellen kann. Erfolgt dies nicht, wird über kurz oder lang, der Landkreis das Ausbildungsangebot einschränken oder gar einstellen. Dann sind die Städte und Gemeinden mit allen Konsequenzen - selbst gefordert.

Ausblick

Nicht erkannt wurde in der Vergangenheit dass seitens des Freistaates, die Bereitstellung hauptamtlichen Personals über Jahre vernachlässigt wurde und die Ausbildung und Besetzung von Stellen in den Landkreisen, aber auch den Berufsfeuerwehren sowie den Landeseinrichtungen immer schwerer wird. Dies wird sich nicht nur auf die Ausbildung des Ehrenamtes auswirken. Nein, auch in der Bewältigung von Schadenslagen wird dieses Personal fehlen. Ganz zu schweigen von den jetzt schon häufig fehlenden Mitarbeitern im Vorbeugenden Brandschutz. Wenn hier nicht nach mehr Flexibilisierung im Laufbahn- und Besoldungsrecht gesucht wird, wird dies schmerzlich an verschiedensten Stellen des Zusammenlebens zu spüren sein.

Dringend sind die Regelungen zum ÜMANV rechtsverbindlich zu gestalten und die Aufgabenträger durch den Freistaat in die Pflicht zu nehmen, welche ihre Verantwortung, ja die Daseinsfürsorge für ihre Bevölkerung aus den verschiedensten Gründen nicht oder nur ungenügend wahrnehmen. Es sollte bei aller kommunaler Selbstverwaltung auch Aufsicht ausgeübt werden, da wo sie notwendig ist.

Und weil wir gerade beim in die Pflicht nehmen sind. Rechtliche Regelungen des Freistaates, welche der kommunalen Familie Aufgaben auferlegen, sind zwingend mit der notwendigen Finanzierung zu versehen. Ein weiter so bringt sowohl das öffentliche Leben, als auch die Sicherstellung des Bevölkerungsschutzes und der Gefahrenabwehr an den Rand des Machbaren.

Schließlich sind die Stützpunktfeuerwehren von nicht notwendigen Aufgaben zu entlasten. Dazu gehört auch die Herauslösung der Besetzung von Katastrophenschutzeinheiten von ihren Aufgaben.

Dies kann gut auf kleinere Standorte zurückgeführt werden. Einzige Konsequenz. Der Freistaat muss sich seiner Verantwortung stellen und die Finanzierung der Fahrzeugtechnik selbst übernehmen und sich nicht auf Kosten der Landkreise ausruhen.

Damit wird auch erreicht, dass der ländliche Raum dem der Kreisfreien Städte gleichgestellt wird. Denn derzeit erfolgen Fahrzeugbeschaffungen durch das Land für Feuerwehren im Katastrophenschutz fast ausschließlich für diese. Dies ist ungerecht und stellt nicht darauf ab, wer die Hauptlasten im Katastrophenschutz trägt. Denn das ist der ländliche Raum!

Für das Feuerwehrwesen insgesamt ist es notwendig, eine Aufgabenkritik durchzuführen. Damit kann erreicht werden, dass Tätigkeiten aus dem Wirkungsfeld herausgelöst werden, welche auf Dauer nur schwerlich leistbar sein werden.

Der Weg zur Aufgabenübertragung zur Absicherung von Veranstaltungen oder als Wasserwehr ist unserer Meinung nach, nicht der richtige.

Der Landkreis hat seinerseits bereits für Entlastung gesorgt. Das Gefahrenabwehrkonzept mit der beschlossenen Dezentralisierung oder die Vergabe der Beseitigung von Ölspurensuchungen auch für Kreisstraßen sind kleine, aber richtige Schritte, hin zur Entlastung des Ehrenamtes. Wir arbeiten mit allen Partnern daran, die Situation weiter zu entspannen und mögliche Lösungswege zu finden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Frank Thomzyk

Jahr	Brandschutz	Katastrophenschutz	Rettungsdienst	Leitstelle	Summe
2008	94.800,00 €	77.000,00 €	- €	10.000,00 €	181.800,00 €
2009	434.200,00 €	70.000,00 €	5.000,00 €	- €	509.200,00 €
2010	107.000,00 €	75.000,00 €	- €	- €	182.000,00 €
2011	309.550,00 €	43.200,00 €	- €	13.000,00 €	365.750,00 €
2012	29.500,00 €	12.500,00 €	- €	- €	42.000,00 €
2013	92.000,00 €	35.500,00 €	45.000,00 €	37.500,00 €	210.000,00 €
2014	421.350,00 €	254.500,00 €	- €	- €	675.850,00 €
2015	1.350.350,00 €	436.250,00 €	6.500,00 €	22.000,00 €	1.815.100,00 €
2016	1.042.100,00 €	140.400,00 €	- €	257.150,00 €	1.439.650,00 €
2017	535.650,00 €	648.950,00 €	- €	254.000,00 €	1.438.600,00 €
2018	1.188.300,00 €	400.000,00 €	- €	10.000,00 €	1.598.300,00 €
Summe	5.075.800,00 €	2.046.300,00 €	51.500,00 €	593.650,00 €	7.767.250,00 €